

Solidarische Städte. Anfang vom Ende der Festung Europa

Einleitung

Ich möchte mit Heidelberg anfangen:

In den letzten Jahren hat der Gemeinderat eine Reihe von Beschlüssen zur freiwilligen Aufnahme von Flüchtlingen gefasst:

2011 Save-me-Kampagne: Der Gemeinderat beschließt, die Kampagne zur Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen zu unterstützen. Resettlement heißt Wiederansiedlung von Flüchtlingen, die nicht in ihre Herkunftsländer zurück, und nicht im Land, in das sie geflohen sind, bleiben können. Sie brauchen eine neue Heimat. Mit dem Beschluss des Gemeinderats wird ein Appell an die Bundesregierung gerichtet, Geflüchtete aus diesem Programm aufzunehmen, die bereits durch den UNHCR anerkannt sind.

2017 Der Gemeinderat beschließt die Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von 50 Geflüchteten aus dem Relocation-Programm. Der Oberbürgermeister schreibt an die Bundeskanzlerin, sich für die zügige Umsetzung des Relocation-Programms einzusetzen. Relocation bedeutet die Aufnahme von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland durch andere EU-Länder. Sie sind noch nicht anerkannt.

2018 Der Gemeinderat beschließt, den Appell anderer europäischer Städte an die jeweiligen Regierungen zu unterstützen, schnellstmöglich eine Lösung für Geflüchtete, die aus Seenot gerettet werden, zu finden und bekräftigt die Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von Flüchtlingen.

Alle drei Beschlüsse wurden vom Asylarbeitskreis Heidelberg e.V. initiiert. Sie zeigen, dass die Krisen der Welt in der Stadt angekommen sind, nicht nur in Heidelberg. Die europäischen Städte sind Teil der globalisierten Welt. Ihre Bewohner genießen den Wohlstand – jedenfalls zum großen Teil – den die Globalisierung mit sich gebracht hat. Sie erleben aber auch die Kehrseite der Globalisierung. Die Flüchtlinge, die vor Verfolgung, Krieg und Armut fliehen, sind zu einem erheblichen Teil Opfer der europäischen und allgemein der westlichen Wirtschafts- Handels- und Rüstungspolitik. Ein besonders deutliches Beispiel ist die europäische Agrar- und Fischereipolitik, die Menschen in Afrika die Lebensgrundlage nimmt. Auf die Politik ihrer Länder oder der EU haben Städte keinen direkten Einfluss. Wir müssen aber Fragen stellen, in wie fern z.B. Firmen vor Ort in Geschäfte verwickelt sind, die zu Fluchtursachen beitragen. Ich erinnere nur an den Waffenhersteller Heckler und Koch in Oberndorf oder die Imhausen-Chemie in Lahr, die beim Bau einer Produktion zur Herstellung chemischer Kampfstoffe in Libyen beteiligt war. Indem sich Städte aber solidarisch mit den Geflüchteten zeigen und ihre Aufnahmebereitschaft erklären, schaffen sie ein Gegenmodell zur Politik der Nationalstaaten und der EU, die Schutzsuchende mit brutaler Gewalt abweisen. In diesem allgemeinen Rahmen ist das Engagement der Kommunen und Städte zu sehen, von dem ich nun einiges berichten

werde.

1. Die Festung Europa

Zunächst aber etwas zur Festung Europa. Die Rettung aus Seenot ist in den vergangenen Monaten immer wieder Thema in den Medien gewesen. Von einer Demo der Initiative „Seebrücke“, die gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer protestiert hat, stammt das Bild, mit dem für diese Veranstaltung geworben wird. In den letzten 15 Jahren sind 30.000 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer ertrunken, weil es keine legalen Fluchtwege gibt, weil Europa eine unerbittliche Abschottungspolitik betreibt und weil die Seenotrettung schon seit langem nicht ausreichend ist, kriminalisiert und verhindert wird. Im neuesten Positionspapier von Pro Asyl heißt, dass sie fast nicht mehr vorhanden ist. Die Häfen, wo die Geretteten landen könnten, sind geschlossen.

Für das Sterben sind nicht Naturgewalten verantwortlich noch Schlepperorganisationen, sondern eine Asylpolitik, die Schutzsuchende dazu zwingt, ihr Leben zu riskieren, wenn sie Schutz finden wollen. Der syrische Arzt, Mohammed Jamma wurde gefragt: „Warum kamen Sie illegal mit dem Boot und nicht auf einem legalen Weg nach Europa?“ „Weil Europa sagt: Wenn ihr illegal Europa erreicht habt, müssen wir euch schützen. Wenn ihr aber den legalen Weg wählt, lassen wir euch nicht hinein. Ich verstehe das nicht und werde das niemals verstehen.“ Mohammed Jamma hat zwei Kinder auf der Flucht über das Mittelmeer verloren.

Seit fast 30 Jahren wird die Festung um Europa immer mehr ausgebaut. An einigen Grenzabschnitten errichten die Nationalstaaten meterhohe Zäune mit messerscharfen Widerhaken, an anderen kommt die EU Grenzagentur Frontex zum Einsatz. Das Eurosur-System überwacht die Grenzen mit Satelliten, Drohnen und Sensoren. Es beobachtet Flüchtlingsbewegungen bereits weit vor den Grenzen. An diesen Maßnahmen verdienen die Schlepper, denn die Fluchtwege werden länger und riskanter – und die Rüstungsindustrie verdient daran, denn sie bekommt die Aufträge für die technischen Maßnahmen der Grenzsicherung.

Die EU versucht darüber hinaus, Flüchtlinge und Migranten mit ganz anderen Mitteln abzuwehren. Dafür kooperiert sie mit Drittstaaten, deren Regierungen sie als eine Art Türsteher einsetzt – auch wenn es sich bei diesen um autoritäre Staaten oder Diktaturen handelt, die die Menschenrechte von Flüchtlingen und auch die Menschenrechte ihrer eigenen Staatsbürger missachten. Diese Migrationspartnerschaften, wie sie offiziell heißen, sind das Gegenteil von Fluchtursachenbekämpfung, auf die sich die EU-Regierungen so gern berufen. Im Gegenteil: Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe werden zunehmend im Lichte migrationspolitischer Interessen beurteilt. Gelder fließen in Grenzkontrolltechnik, Schulung der Grenzpolizei und Ausrüstung. Die Folge ist, dass Flüchtlinge in den Transitländern festgehalten werden, diese zusätzlich belasten und selbst ein verzweifertes Leben in der Warteschleife führen. Ein weiterer Plan, die Flüchtlinge von Europa fernzuhalten, besteht darin, Lager in afrikanischen Ländern einzurichten,

in denen Asylsuchende ihre Anträge stellen können, die dann vom UNHCR geprüft werden. Auch aus Seenot Gerettete sollen dorthin verfrachtet werden. Dort, in autoritär regierten Ländern, wäre die Versorgung, Beratung der Geflüchteten und ein gerechtes Asylverfahren nicht gewährleistet. Auch das Schicksal der abgelehnten Asylbewerber bliebe ungeklärt. Bisher hat sich kein afrikanisches Land bereit erklärt, ein solches Lager bei sich einzurichten zu lassen. Die Folgen des EU-Migrationsmanagements sind für Afrika aber noch aus einem anderen Grund verheerend: Der Handel zwischen den einzelnen Ländern braucht durchlässige Grenzen. ECOWAS, die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, ist auf den freien Verkehr von Menschen und Waren angewiesen.

Sollte es Flüchtlingen trotz all der Abwehrmaßnahmen gelingen, Europa zu erreichen, so werden sie in Hotspots in Ländern an den Grenzen Europas festgehalten – die unmenschlichen Zustände in den Hotspots der griechischen Inseln sind sicher allen hier bekannt.

Mit seiner Asylpolitik verrät Europa seine besten humanitären Traditionen: sein Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte, zu Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Das Asylrecht ist nichts wert, solange Schutzsuchenden der Zugang verwehrt wird.

2. Die Forderungen der NGOs und die Möglichkeiten der Städte

Dieser Politik der Abwehr und Abschreckung stellen die Flüchtlings- und Hilfsorganisationen ihre Forderungen entgegen: Seenotrettung muss verstärkt werden, es muss sichere Fluchtwege geben, ein Asylantrag könnte z.B. im Ausland gestellt werden. In einer Bürgerkriegssituation wie in Syrien könnten Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, ein Visum zu beantragen. Alle die ankamen, erhielten ja einen Schutzstatus, warum ihnen eine gefährliche, oft tödliche Flucht zumuten!

Es wird auch eine Einwanderungsquote für Europa gefordert, damit Menschen, die keine Asylgründe haben, sondern aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen wollen oder müssen, die Möglichkeit haben, nach Europa einzuwandern. So können legale Einreisemöglichkeiten geschaffen werden.

Eine legale Einreisemöglichkeit könnte aber auch dadurch entstehen, dass Kommunen Flüchtlinge direkt und freiwillig aufnehmen. Das ist eine Forderung, die von Bürgermeistern, ebenso wie von städtischen Initiativen und vom Europaparlament erhoben wird. Sie bekam 2018 besonderen Nachdruck, als Rettungsschiffe keine Häfen mehr anlaufen durften und sich mehrere Länder der EU weigerten, die Geretteten aufzunehmen. Deshalb wurde der Heidelberger Appell an die Bundesregierung gerichtet, einer unter vielen anderen.

Darauf möchte ich etwas näher eingehen:

Gegenwärtig können Kommunen Geflüchtete nicht direkt aufnehmen. Sie werden

nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Diese wiederum verteilen sie auf die Kommunen. Auch die weiteren Schritte, die über das Schicksal des Geflüchteten entscheiden, liegen in der Hand des Bundes: das Asylverfahren und die davon abhängige Anerkennung oder Ablehnung. Es gibt aber Ansatzpunkte für ein selbständiges Handeln der Kommunen. In Deutschland ist das Recht der kommunalen Selbstbestimmung im Grundgesetz in Artikel 28 verankert. Mit §22 des Aufenthaltsgesetzes existiert überdies eine selten genutzte rechtliche Grundlage für eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ausland durch die Kommune.

3. Das Relocation-Programm

Ein Anfang für eine direkte Aufnahme wurde von einigen Kommunen versucht, als es 2016 darum ging, Flüchtlinge aus Italien und Griechenland auf die verschiedenen Länder der EU zu verteilen. Viele Länder weigerten sich, das sog Relocation-Programm der EU umzusetzen und ihren Anteil aufzunehmen. Die Verhandlungen zogen sich monatelang hin, ohne dass etwas geschah. Da verkündete Ada Colau, Oberbürgermeisterin von Barcelona: „Wenn die Regierungen ihre Arbeit nicht machen, dann machen sie eben die Städte!“ . Sie hat das Netzwerk „Städte der Zukunft“ angeregt und viele MitstreiterInnen gewonnen: Valencia, Zaragoza, Madrid sind beigetreten. Die polnischen Städte Breslau und Slupsk , die italienischen Sutura und Satriano haben Aufnahmebereitschaft signalisiert. Aus dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (EGRE) haben sich 21 Bürgermeister bzw. Präsidenten von Regionen bereit erklärt, mehr Flüchtlinge aus dem Relocation- Programm aufzunehmen, darunter die Bürgermeister von München, Paris, Wien, Lissabon. Sie eint der Gedanke, dass sie sich mit Menschen in Not solidarisch fühlen und ihnen helfen wollen und können – auch gegen nationalstaatliche Politik.

In Deutschland bildeten sich in zahlreichen Städten Gruppen zur Unterstützung des Relocation-Programms. Osnabrück machte den Anfang mit der Initiative „50 aus Idomeni“. Sie wurde von einer Stadtteilinitiative gestartet, die schon seit längerem Flüchtlinge berät, Sprachkurse und Freizeitaktivitäten anbietet, bei der Wohnungssuche hilft und anderes mehr. Am 14. Juni 2016 stimmte der Osnabrücker Stadtrat mit großer Mehrheit dem Antrag zu. Durch Gespräche mit der Stadtverwaltung, mit dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius und Mitgliedern des Stadtrats wurde versucht, einen Weg zu finden, wie die direkte Zuweisung von Flüchtlingen zu realisieren wäre. Die Initiative hatte bereits Kontakte zu Flüchtlingen in Osnabrück, die Angehörige oder Freunde in griechischen Lagern hatten. Die Partnerorganisation „Naomi“ in Tessaloniki half dabei, die Kontakte vor Ort herzustellen und die Formalitäten zu erledigen.

Während die Initiative darauf wartete, dass die 50 ankommen, setzte sie sich für eine Vernetzung mit ähnlichen Initiativen in anderen Städten und Kommunen ein. In Darmstadt, in Essen, im Wendland, in Mannheim und vielen anderen Städten bildeten sich Bürgerinitiativen, die ebenfalls das Ziel

verfolgten, die Regierung zu einer schnelleren Umsetzung des EU-Programms zu bringen und gleichzeitig weiteren Flüchtlingen Schutz gewähren wollten.

In Heidelberg konnte der Asylarbeitskreis, wie schon oben erwähnt, den Gemeinderat zu einem fast einstimmigen Beschluss bewegen, der Bundesregierung gegenüber zu erklären, dass die Stadt Relocation-Flüchtlinge aufnehmen wolle. Und tatsächlich ist ein großer Teil der verlangten 50 geflüchteten Menschen in Heidelberg eingetroffen, obwohl die Stadt zur Neuaufnahme von Geflüchteten nicht verpflichtet war.

Insgesamt wurde aber die ursprünglich zugesagte Zahl für die Aufnahme von der Bundesregierung nicht erfüllt, weil die EU nur Flüchtlinge aus Italien und Griechenland umsiedeln wollte, die eine Chance auf Anerkennung hatten. Die anderen durften weiter in den Hotspots vegetieren, das war 2016, zum Teil sind sie bis heute noch da.

Trotzdem war das Engagement der Städte, ihrer Bürger und zum Teil auch der Stadtspitzen nicht umsonst. Es hat gezeigt, dass viele Bürger in den Städten die Abschottungspolitik der Nationalstaaten nicht billigen und sich für Solidarität mit Menschen in Not einsetzen wollen, dass sie Städte der Zuflucht sein wollen.

Für eine Nachfrage von „unten“ statt einer Verteilung von „oben“ macht sich auch Gesine Schwan stark, Professorin in Frankfurt an der Oder. In ihrem Aufsatz *„Ein Weg aus der aktuellen europäischen Misere in der Flüchtlingspolitik – als Chance für einen europäischen Neuanfang“*. legt sie dar, dass Kommunen, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen, von der EU für die Integration ausreichend Geld erhalten sollten, damit sie nicht nur die Flüchtlinge bei der Integration unterstützen, sondern auch die kommunale Infrastruktur für alle Bewohner ausbauen können. Bildung, Wohnungsbau, Gewerbeförderung, Investitionen für Arbeitsplätze, all das könnte durch diese Gelder verbessert werden. So brächten die Flüchtlinge statt einer Belastung die Chance für menschliche Bereicherung und wirtschaftlichen Aufschwung. Es gäbe im Grunde drei Gewinner: Die Flüchtlinge, die Bewohner und die Wirtschaft. Man kann sich darüber hinaus durchaus vorstellen, dass durch die strukturellen Maßnahmen auch ein sozialer Ausgleich zwischen arm und reich in den Städten angeregt werden kann.

Auch Abgeordnete des Europaparlaments vertreten die Auffassung, dass ein Zuzug unterhalb der Nationalstaaten in den Kommunen ermöglicht werden muss, u.a. weil die Nationalstaaten Angst vor ihren rechten Parteien haben. Sie sehen einen Vorteil in der Freiwilligkeit bei den Aufnehmenden wie bei den Flüchtlingen. Es soll dafür, wie auch Gesine Schwan vorschlägt, ein europäischer, nicht nationalstaatlicher Fonds geschaffen werden, bei dem sich die europäischen Gemeinden, die zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit sind, bewerben können. Rechtlich bleibt die Genehmigung von Flüchtlingen bei den Nationalstaaten. Sie ist nicht zu umgehen. Die Staaten müssten nationale Kommissionen bilden, die über die Bewerbung der Gemeinden entscheiden. In ihnen sollten verschiedene Akteure aus NGOs wie aus der Wirtschaft, die ja ein großes Interesse an Arbeitskräften aus dem Ausland hat, sein. Die Chance dieses

Vorschlags liegt trotz des Nadelöhrs der nationalen Zustimmung darin, dass es den Nationalstaaten schwerer fällt, Flüchtlinge abzulehnen, wenn sich Gemeinden aus eigenem Interesse für die Aufnahme melden. Für die Gemeinden besteht der Anreiz darin, dass sie angesichts des demographischen Wandels ihre Zukunft durch neue Bewohner sichern können.

Städte der Zuflucht sind auch Gegenstand der Forschung. Das Netzwerk Fluchtforschung hat sich mit dem Thema befasst und propagiert ebenfalls eine stärkere Mitwirkung der Städte bei Entscheidungen über die Aufnahme von Geflüchteten.

Im Februar dieses Jahres richteten die Flüchtlingsräte und Wohlfahrtsverbände einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin, in dem sie die kommunale Aufnahme von aus Seenot Geretteten fordern.

Gemeinsam ist all diesen Initiativen und Vorschlägen, dass sie die Lähmung der europäischen Flüchtlingspolitik überwinden und legale Fluchtwege schaffen wollen. Die Tradition der Stadt als Ort der Zuflucht geht auf eine lange Geschichte zurück. Von den freien Städten im Mittelalter über Asylstädte der Bibel bis hin zur antiken Polis gewährten Städte den Verfolgten innerhalb ihrer Stadtmauern Schutz. Der Philosoph Jacques Derrida hat sich mit der traditionellen und zugleich neuen Idee der Flüchtlingsaufnahme in der Stadt näher auseinandergesetzt. Nach Derrida entfaltet sich in der Stadt eine Ethik der Gastfreundschaft, die liberalisierend auf das Migrationsrecht einwirkt. Das konnten wir alle beobachten, als sich 2015 in den Kommunen und Städten eine überwältigende Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge aus Syrien entwickelte. Derrida initiierte bereits 1993 den Ersten Kongress der Zufluchtsstädte beim Europarat. Dieser widmete sich allerdings ausschließlich verfolgten Schriftstellern und Künstlern. Es entstand ein Netzwerk "International Cities of Refuge Network" ICORN. Die Mitgliedstädte dieses Netzwerks darunter Frankfurt, Hannover, Weimar und Heidelberg nehmen für 2 Jahre bedrohte SchriftstellerInnen und KünstlerInnen auf.

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen durch die Kommunen gibt es allerdings ein rechtliches Hindernis: Wie schon gesagt, ist es nach geltendem Gesetz nicht möglich, Flüchtlinge direkt aufzunehmen. Das hat damit zu tun, dass die Entscheidung über den Zugang zum Territorium als ein wesentlicher Bestandteil der nationalstaatlichen Souveränität betrachtet wird. Städte der Zuflucht fordern diese Auffassung heraus, wenn sie eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen verlangen. Hier liegt ein Problem, das noch nicht ansatzweise gelöst ist. Wie könnten Kommunen der Zuflucht das Migrationsrecht ändern? Sie können allein oder als Netzwerk Forderungen an die nationalen, europäischen und internationalen Institutionen stellen. Es ist vorstellbar, dass durch die Kommunen ein transnationales oder gar kosmopolitisches Migrationsrecht entsteht.

Bisher gibt es noch kein Netzwerk der Städte der Zuflucht, aber es gibt andere

internationale Städtenetzwerke speziell zu Flucht und Migration: das weltweite Netzwerk Cities of Migration und auf europäischer Ebene das Netzwerk Solidarity Cities.

3. Solidarische Städte

Sie haben sich vielleicht gewundert, dass ich bisher den Begriff "Solidarische Städte" nicht benutzt habe, sondern den Begriff "Städte der Zuflucht". Die Solidarischen Städte gehören in diesen Zusammenhang, haben aber ein etwas anderes Konzept. Sie setzen sich für eine gerechtere Stadt für alle ein, die in der Stadt wohnen, auch für die Rechte von Geflüchteten und Menschen ohne Papiere. Sie weisen darauf hin, dass die Festung Europa nicht nur eine äußere Grenze ist, durch die Europa abgeschottet wird, sondern dass längst auch innerhalb der europäischen Gesellschaft eine Grenze besteht, eine unsichtbare Trennlinie zwischen denen, die keine oder eingeschränkte Rechte in einer Stadt haben und allen anderen. Es ist eine Grenze, die Menschen entlang von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus spaltet. Am prekärsten ist der Status der Duldung. Denn damit ist der Aufenthalt für unrechtmäßig erklärt und nur vorübergehend geduldet. Der Geduldete lebt in ständiger Angst vor Abschiebung. Wer aber gar keine Aufenthaltspapiere hat, lebt in ständiger Angst, entdeckt, inhaftiert und sofort abgeschoben zu werden. Diese Trennlinie wollen die solidarischen Städte überwinden.

Im Manifest des Europäischen Solidarity-City-Netzwerk heißt es: "Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach seiner Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist. Das sind die grundlegenden Vorstellungen einer Solidarity City. In einer solchen Stadt der Solidarität sollen alle das Recht haben zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Allen Menschen soll der Zugang zu Bildung und zu medizinischer Versorgung gewährt werden. Alle Menschen sollen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion. "Das Solidarity-City-Prinzip löst das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe von der Staatsangehörigkeit und dem gesetzlich definierten Aufenthaltsstatus und verankert es stattdessen in der Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft," heißt es im Bremer Grundsatzpapier. In vielen Städten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt ist der Prozess, eine Solidarity City zu werden, schon in vollem Gang. Wie wird eine Stadt eine Solidarische Stadt? Initiativen von Ehrenamtlichen und NGOs vernetzen sich untereinander. Von Anfang an sind Geflüchtete und Papierlose mit dabei. Ein nächster Schritt ist, dass sie mit der Stadtverwaltung verhandeln. Wichtig ist auch Kampagnenarbeit. Der kleinste gemeinsame Nenner ist "don't ask, don't tell", niemand soll nach seinen Papieren gefragt werden. Behörden, Krankenhäuser,

Schulen dürfen in der solidarischen Stadt nicht nach dem Aufenthaltsstatus fragen. Das Züricher Projekt "Die ganze Welt in Zürich" beschreibt seine Grundsätze folgendermaßen: "In unserem Projekt geht es um nichts Geringeres als die konkrete Umsetzung eines Rechts auf Rechte, das so vielen bis heute verwehrt bleibt, weil sie den falschen Pass oder eine bestimmte Hautfarbe haben. Unsere Zielsetzung blieb dabei immer....die Demokratisierung der Demokratie. Die Stadt kann dabei ein Ort des Widerstands gegen die nationale Politik sein, an dem Migration nicht länger als Problem, sondern als Realität anerkannt und verhandelt wird. Die solidarischen Städte berufen sich auf Hannah Arendt, die gesagt hat: "Jeder hat das Recht, Rechte zu haben. Es ist sinnlos, Gleichheit vor dem Gesetz für den zu verlangen, für den es kein Gesetz gibt."

Neue Initiativen für eine Solidarische Stadt gründen sich derzeit in einer Reihe von Städten in Deutschland und anderen europäischen Ländern, darunter Hamburg, Bremen, Freiburg, Göttingen, Hannover., Bern. Berlin ist bereits als Landesregierung offiziell dem Netzwerk Solidarity Cities beigetreten. Einige sehen ihre Aufgabe in konkreten Forderungen an die Politik, z.B. gegen die Abschiebung nach Afghanistan. Andere Städte, die sich dem Netzwerk Solidarity Cities angeschlossen haben oder dabei sind, es zu tun, setzen sich explizit nicht nur für Flüchtlinge, die bereits dort sind, ein, sondern auch für die direkte Aufnahme von Flüchtlingen, darunter auch Berlin und Bremen. Sheffield verdient besondere Erwähnung: Es hat sich mit einem Manifest zur Asylstadt ausgerufen. Ich erinnere auch an das italienische Dorf Riace, von dem sicher viele von Ihnen und euch gehört haben. Dort hat ein Bürgermeister, Domenico Lucano, Geflüchtete aufgenommen, auch solche ohne Papiere und mit ihrer Hilfe dem Dorf, das vom Aussterben bedroht war, neues Leben gegeben. Leider wurde das geglückte Zusammenleben von Geflüchteten und Einheimischen jäh zerstört durch die Regierung, die den Bürgermeister festnehmen und die Geflüchteten evakuieren ließ. Noch in vollem Gange ist der Aufstand einiger italienischer Bürgermeister gegen das seit Ende Dezember geltende Einwanderungs- und Sicherheitsgesetz. Es streicht die humanitäre Aufenthaltsgenehmigung, wodurch ca. 120.000 Geflüchtete obdachlos werden. Leoluca Orlando, der Oberbürgermeister von Palermo, hat seine städtischen Beamten angewiesen, das Gesetz nicht zu befolgen und will seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen lassen.

4. Vorbilder Sanctuary Cities

Die Bewegung der Solidarity Cities beruft sich auf Vorbilder in den USA und in Kanada. Während der Reagan Administration (1981-89) gründeten christliche Gemeinden eine solidarische Bewegung für Geflüchtete. Sie entstand, als die US-Regierung in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern Krieg führte – Honduras, Guatemala, El Salvador – die Kriegsflüchtlinge aber nicht aufnahm. Christliche Gemeinden gewährten ihnen damals Kirchenasyl,

englisch „Sanctuary“, deshalb spricht man auch heute von *Sanctuary Cities*. Die Gemeinden erinnerten an eine alte Tradition, nämlich die der Underground Railroad, die im 19. Jahrhundert Sklaven bei ihrer Flucht half. Auch die Unterstützung von desertierenden GIs während des Vietnamkriegs steht in dieser Tradition. Ein weiterer Anstoß für die Sanctuary Cities war ein Gesetzesentwurf von 2005, der unter dem Namen Sensenbrenner Bill bekannt wurde. Ähnlich wie die aktuellen Trump-Dekrete sahen sie ein restriktives Regime gegen Millionen mexikanischer Einwanderer vor, die seit den 60er Jahren in die USA gekommen waren. Im Frühjahr 2006 gingen Hunderttausende Mittelamerikaner gegen das Gesetz auf die Straße, zunächst in Chicago und dann in vielen andern US-Städten. Diese Demonstrationen wären ohne die effektiven Selbstorganisationen der Chicanos und der zahlreichen UnterstützerInnen nicht möglich gewesen. Die Sensenbrenner Bill wurde zurückgezogen. Durch die fortgesetzten Aktivitäten der Initiativen wurden zahlreiche Städte zu Sanctuary Cities erklärt.

Neuerdings ist die Sanctuary-Bewegung in den USA wieder hochaktuell. Viele Städte und Landkreise haben sich ihr angeschlossen, weil sie die Ausländergesetze der Trump-Administration ablehnt. „Sanctuary City“ hat keine präzise juristische Definition. Manchmal liegt ein förmlicher Beschluss vor, manchmal wendet ein Kommune nur die Praxis der Sanctuary City an. Das heißt, die örtliche Polizei darf nicht mehr ohne Anlass nach einer Aufenthaltsgenehmigung fragen, keine Razzien veranstalten, sich nicht an Abschiebungen beteiligen und Ausländer nur noch unter bestimmten Bedingungen an die Ausländerbehörde übergeben. Gegner der Bewegung bestehen darauf, dass Kommunen die Bundesregierung bei der Durchsetzung von Einwanderungsgesetzen unterstützen müssen, Befürworter sind der Meinung, dass dies nicht Aufgabe der Behörden sei. Dieser Punkt ist unter Verfassungsschützern umstritten. Auf die Kommunen wirkt sich das widerständige Verhalten jedenfalls positiv aus: Es gibt weniger Straftaten als in anderen Städte und die Wirtschaftsleistung ist höher. Nicht nur Kommunen, sondern ein ganzer Staat in den USA hat sich am 6. Oktober 2017 zum Sanctuary-Staat erklärt: Kalifornien. Das war sogar den Deutschen Medien eine Meldung wert. Der Gouverneur Jerry Brown wollte damit sicherstellen, „dass hart arbeitende Menschen, die einen Beitrag zu unserem Staat leisten, respektiert werden.“ Nach Schätzungen befinden sich 2,3 Millionen Migranten ohne Papiere in Kalifornien bei einer Gesamtbevölkerung von 39 Millionen. Ganz uneigennützig ist dieses Gesetz nicht, denn Kalifornien ist auf die mexikanischen Arbeitskräfte, die die Erdbeeren pflücken und die Orangen ernten, angewiesen. Aber die vielen Arbeiter, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, profitieren erheblich davon. Ihnen wird die Angst vor Entdeckung und Abschiebung genommen, sie sind bereit, Straftaten anzuzeigen, ihre Kinder können zur Schule

gehen, sie können ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und Familien können zusammenleben.

New York praktiziert ein Konzept, das *Urban Citizenship* genannt wird. Es macht darauf aufmerksam, dass das Recht, in einer Stadt zu bleiben unabhängig von nationalstaatlicher Zugehörigkeit denkbar ist. Alle, die gemeinsam in einer Stadt leben, sollen die gleichen Rechte haben. Sie erhalten eine City-ID, einen Personalausweis, den die Stadt vergibt.

Auch in Kanada gibt es Sanctuary Cities. Besonders hervorzuheben ist Toronto, wo 2013 nach jahrelanger Kampagnenarbeit eine Beschluss des City Council gefällt wurde, der die Stadt zur Sanctuary City für Menschen ohne Papiere erklärte.

Die US-amerikanische Sanctuary-Bewegung lässt sich nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen, u.a weil hier die Polizei nicht den Städten, sondern dem Land unterstellt ist.

5. Das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen

Wir haben gesehen, Städte der Zuflucht und Solidarische Städte sind zwar nicht das selbe, ihre Konzepte berühren und überschneiden sich aber teilweise. Ihre Forderungen stoßen sich an nationalen und Landesgesetzen. Der Forderung gleicher Rechte für alle unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ebenso wie der Forderung nach direkter Aufnahme von Flüchtlingen stehen mehrere Gesetze entgegen, vor allem das Aufenthaltsgesetz. Der Handlungsspielraum der Kommune ist eingeschränkt, aber sie hat Gestaltungsmöglichkeiten. Da ist das schon erwähnte Selbstbestimmungsrecht der Kommunen. Außerdem sind die Kommunen Teil des Verwaltungsaufbaus der Länder. Beides erlaubt ihnen, Einfluss auf die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen zu nehmen. Ihr kommunales Selbstbestimmungsrecht erlaubt den Gemeinden über die vom Land zugewiesenen Aufgaben hinaus, selbst zu bestimmen, welche Aufgaben sie freiwillig wahrnehmen möchten. Welche Politikfelder das umfasst, ist gesetzlich nicht festgelegt, und unterliegt ständigem Wandel. Die Handlungsfelder, die damit verbunden sind, sind in stetem Wandel. So werden Kommunen mittlerweile auch im Zusammenhang mit globalen Angelegenheiten tätig, etwa in der Außen- oder Klimapolitik, beim Schutz von Menschenrechten. Dies geschieht insbesondere über transnationale Städtenetzwerke. Flüchtlingsschutz ist Teil des Schutzes von Menschenrechten, der eine Querschnittsaufgabe aller politischen Ebenen darstellt. Viele Menschen, die sich zur Flüchtlingsaufnahme bereit erklärt haben, fühlen sich offensichtlich betroffen und verantwortlich für den Schutz von Menschen, die unter Menschenrechtsverletzungen leiden, sei es in einem anderen Land oder auf dem Mittelmeer. Sie fühlen sich auf lokaler Ebene für globale Probleme verantwortlich. In diesem Sinn hat sich die Bürgermeisterin von Regensburg geäußert: "Ich denke, wir können nicht alle zuschauen, wenn Menschen im Mittelmeer ertrinken, es ist unsere humanitäre, auch unsere Christenpflicht...und ich denke, dass es keinem Menschen in Regensburg schlechter gehen wird, wenn wir zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen werden."

Die Kommunen sind seit Anfang der 90er Jahre einen weiten Weg gegangen. Damals war es so, dass sich die Kommunen beim Staat beschwerten: "Ihr schickt uns zu viele Flüchtlinge, wir können nicht so viele aufnehmen!" Eine Beschwerde, die damals von der Regierung populistisch instrumentalisiert wurde. Das Verhältnis hat sich jetzt umgekehrt: Die Kommunen werben beim Staat um Flüchtlinge. Durch den unmittelbaren Kontakt mit den Geflüchteten haben sie Verantwortung übernommen und gelernt, wie sie die kommunalen Handlungsspielräume für die Betroffenen voll ausreizen können und das nicht gegen, sondern oft genug mit den kommunalen Behörden. Sie wollen ein Mitspracherecht bei bundes- und europapolitischen Fragen haben. Die solidarische Stadt wird von immer mehr Menschen als politische Projekt begriffen. Diese Entwicklung macht Mut, auch angesichts anderer negativer Entwicklungen, wenn man an den wachsenden Rassismus in der Gesellschaft denkt, an die Verschärfung der Asylgesetzgebung und die hermetisch verschlossene Festung Europa.

Der Titel des Vortrags heißt: "Soldarische Städte. Der Anfang vom Ende der Festung Europa" ohne Fragezeichen. Ich hätte ein Fragezeichen gesetzt. An einigen zusammenfassenden Thesen will ich versuchen zu zeigen, inwiefern vielleicht tatsächlich ein bescheidener Anfang gemacht ist:

1. Auf jeden Fall ist ein Anfang gemacht in Bezug auf die Schaffung legaler Fluchtwege. Das Angebot der freiwilligen Aufnahme würde es der Regierung schon bei der jetzigen Gesetzeslage ermöglichen, Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement- und Relocationprogrammen aufzunehmen, sowie Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, wenn sie nur wollte.
2. Die freiwillige Aufnahme durch die Städte könnte, wie schon erwähnt, auch für eine gerechtere Verteilung in Europa sorgen, weil der Widerstand der nationalen Regierungen dabei keine Rolle spielt.
3. Die Engagierten in den Städten verstehen sich als politische Akteure und beziehen Position gegenüber dem Staat nicht nur im Blick auf Flüchtlinge, sondern auch allgemeiner im Blick auf Menschenrechte und Fluchtursachen. Sie sind eine Kraft geworden, mit der bei Wahlen zu rechnen ist.
4. Die Städte sind dabei, sich zu vernetzen und gewinnen damit gemeinsam Einfluss auf nationaler und internationaler Ebene.
5. Die Städte tragen durch ihre positive Aktivität zu einer Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas bei, zu Überwindung von Rassismus und zu mehr Solidarität.

Folgende Dokumente habe ich für den Vortrag benutzt:

<https://fluechtlingsforschung.net/>

<https://freiburger-forum.net/>

<https://restart-europe-now.eu/2016/05/05/>

<http://ffm-online.org/2017/02/16/sanctuary-cities-ein-modell-fuer-europa/#more->

46371

[http://taz.de/!5518024/"Soldarity City" Berlin:Ein sicherer Hafen-taz.de](http://taz.de/!5518024/)

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/2832140/>